

Jan Ludwig

POPULISMUS



Populismus (*von lateinisch »populus« für Volk*) ist eine politische Strategie. Populisten vereinfachen Probleme sehr stark, schüren dabei oft Ängste und schaffen Feindbilder. Sie behaupten gern, als Einzige die »schweigende Mehrheit« des Volkes oder sogar das Volk als Ganzes zu vertreten, und bieten sich als Retter aus einer schweren Krise an.

CARLSEN

KLARTEXT

1929 trieb Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit. Huey Long, Gouverneur von Louisiana, gründete als Antwort auf das Elend 1934 die »Share Our Wealth Society«, also die »Gesellschaft zur Verteilung unseres Wohlstands«²⁸. Niemand, so sein Vorschlag, dürfe mehr als fünf Millionen Dollar besitzen. Aber jede Familie müsse eine Art Grundeinkommen erhalten. Damit sollte sie sich zumindest »ein Haus, ein Auto, ein Radio und die üblichen Annehmlichkeiten« leisten können.²⁹

Longs Pläne waren praktisch nicht zu verwirklichen. Und doch setzte er damit wohl Präsident Franklin D. Roosevelt unter Druck. Denn Longs Thesen wurden immer populärer im Land. Er versprach etwas, das möglicherweise gar nicht zu halten war, aber es wirkte. 1935 verabschiedete der US-Senat ein Gesetz, das zum ersten Mal ein Arbeitslosengeld und eine staatliche Rente vorsah.³⁰

Wiederum 30 Jahre später trat George Wallace auf die politische Bühne. Der Populist aus Alabama kandidierte 1968 für das Präsidentenamt und gewann 13,5 Prozent der Stimmen. Wallace war ein strikter Befürworter der »Rassentrennung«. 1963 stellte er sich persönlich zwei Schwarzen in den Weg, die sich an der University of Alabama einschreiben wollten.³¹ Wenn es nach Wallace gegangen wäre, hätte die »Rassentrennung« von Schwarzen und Weißen auf ewig Bestand gehabt. Dass sie doch aufgehoben wurde, war für ihn das Zeichen dafür, dass die Regierung viel zu mächtig geworden war.

»Es gibt eine Gegenbewegung gegen »big government« in diesem Land«, sagte Wallace 1967 in einem Interview. Es sei »eine Bewegung des Volkes. Und ich glaube, dass wenn Politiker sich dem in den Weg stellen wollen, viele von ihnen vom Durchschnittstypen auf der Straße überrollt werden: dem Mann in der Textilfabrik, dem Mann im Stahlwerk, dem Friseur, dem Kosmetiker, dem Polizisten«.³² Das englische Schlagwort »big government« für eine angeblich zu mächtige Regierung wird bis heute als Kampfbegriff benutzt.

In den USA sind die Demokraten und die Republikaner so mächtig, dass man von einem Zwei-Parteien-System spricht. Bei manchen Präsidentschaftswahlen aber hatten unabhängige Kandidaten wie

Wallace zumindest ein bisschen Erfolg. Besonders dann, wenn sie als Populisten auftraten und gegen »das System« wetterten.

Auch Ross Perot war einer von ihnen. Im März 1992 verkündete er während des Wahlkampfes: »Wir müssen das Land seinen Eigentümern zurückgeben. Und, um es auf gut Texanisch zu sagen: Es ist Zeit, den Müll rauszubringen und den Stall auszumisten.«³³ Mit dem »Stall« meinte Perot Washington, die Hauptstadt. Fast 19 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner stimmten im selben Jahr für ihn.³⁴ Den Stall ausmisten, das Land seinen Eigentümern zurückgeben: Es sind Phrasen, wie man sie im Jahr 2017 erneut hören wird – aus dem Mund von Donald Trump.³⁵

Nach der Gründung der »Populist Party« im 19. Jahrhundert entwickelten sich also immer wieder populistische Strömungen in den USA. Ihre Forderungen deckten sich keineswegs. Die einen wollten mehr Steuern, die anderen weniger. Die einen waren ausländerfeindlich oder rassistisch, andere nicht. Was sie einte, war ihr Glaube, dass »die da oben« nicht mehr das Volk repräsentieren.

Auch nach Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 organisierten sich Unzufriedene in politischen Bewegungen. Die Rechten unter ihnen taten sich in der »Tea-Party-Bewegung« zusammen. Der Name erinnert an eine Widerstandsaktion gegen die alte Kolonialmacht England in Boston im Jahr 1773. Die Wut der neuen »Tea-Party-Bewegung« richtete sich vor allem gegen höhere Steuern und strenge Waffengesetze. Kurz: gegen alles, was die Regierung aus Sicht der »Tea Party« von oben herab »verordnet«. Von dieser Populismus-Welle profitierte schließlich auch Donald Trump: Anhänger der »Tea Party« unterstützten ihn im Wahlkampf 2016.³⁶ Trump hatte sich im Wahlkampf stets als Nicht-Politiker präsentiert. Als jemand, der sich mit dem Volk gegen die Regierung verbündet – und damit nicht zum »System« gehört.

Die Wirtschaftskrise brachte nicht nur rechte, sondern in vielen Ländern der Welt auch linke Protestbewegungen hervor. In Spanien lehnte sich die Jugend gegen Ungerechtigkeit auf: Zu Tausenden demonstrierten sie im Mai 2011 in der Hauptstadt Madrid. »Indignados«, »die Empörten«, wurden sie genannt. Ihre Revolution

begann mit der Streitschrift eines 93-Jährigen. Auf den Nachttischen der Demonstranten lag ein schmales, kaum 30 Seiten starkes Büchlein, geschrieben von dem Franzosen Stéphane Hessel. Der Titel: »Empört Euch!«

Hessel, gebürtig aus Berlin, hatte gegen Hitler gekämpft und als Jude den Holocaust überlebt. Später war er an der Formulierung der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen beteiligt. Ein Leben lang hatte er sich für eine bessere Welt eingesetzt. Nun rief er die Jugend zu einem »wirklichen, friedlichen Aufstand«³⁷ auf. »Seht euch um«, schrieb er, »dann werdet ihr die Themen finden, für die Empörung sich lohnt.«³⁸ Hessel selbst kann man kaum als Populisten bezeichnen. Aber seine Schriften spornten die »Empörten« an. Aus ihrer Bewegung entstand später die linkspopulistische Partei Podemos.

Kurz nach den »Indignados« in Spanien demonstrierten auch junge US-Amerikaner gegen die Einkommensungleichheit in ihrem Land. Das oberste ein Prozent der Gesellschaft verdiente damals laut einer Untersuchung der Ökonomen Thomas Piketty und Emmanuel Saez mehr als ein Fünftel des gesamten Einkommens in den USA.³⁹

Im Zuccotti Park in Manhattan, unweit der New Yorker Börse in der Wall Street, schlugen die Protestierenden im September 2011 ihre Zelte auf – und blieben wochenlang. »Occupy Wall Street« (»Besetzt die Wall Street«) war geboren. Ihr Slogan »Wir sind die 99 Prozent« ging um die Welt.⁴⁰ Auch in Frankfurt und in Sydney, in Tel Aviv und in London campierten junge Menschen auf öffentlichen Plätzen. Ihr Protest richtete sich ebenfalls gegen soziale Ungleichheit und die Macht der Finanzwelt.

Die Occupy-Bewegung in den USA fand später einen einflussreichen Mann, der ihre Forderungen auch politisch unterstützte: den US-Senator Bernie Sanders.⁴¹ Im April 2015 entschied der selbsternannte Sozialist, für das Präsidentenamt zu kandidieren.⁴² Er kämpfte dafür, die »Milliärdärsschicht« zu entmachten, mit einer »Revolution«⁴³, sagte Sanders. Aber einer friedlichen, wie er betonte. In den Vorwahlen der Demokraten in Kansas und Nebraska, der Wiege der alten »Populists«, gewann er gegen seine Parteikollegin Hillary Clinton.⁴⁴ Weil sie aber landesweit mehr Stimmen erhielt, trat sie letztlich als demokratische

Präsidentschaftskandidatin gegen Donald Trump an – und verlor. In Kansas⁴⁵ und Nebraska⁴⁶ wählten dann viele statt des linken Populisten Sanders den rechten Populisten Trump. Der Populismus war damit wieder dort angekommen, wo er entstanden war: im Mittleren Westen der USA.

KAPITEL VIER

Wie man populistische Reden durchschaut

*Eine Lüge funktioniert nur, wenn sich Leute finden, die sich belügen lassen*¹

Stefan Marschall, Politikwissenschaftler

Donald Trumps Rede zur Amtseinführung

Am 20. Januar 2017, zweieinhalb Monate nach seinem Wahlsieg, wurde Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt: zum Herrn über die größte Volkswirtschaft der Erde², zehn Flugzeugträger³, 1800 einsatzfähige Atomsprengköpfe⁴ und eine Armee von knapp 1,4 Millionen Soldaten.⁵ Hunderttausende Menschen hatten sich an diesem wolkigen Januartag auf der »National Mall« in Washington vor der Bühne versammelt. Wie seine Vorgänger auch hielt Trump an seinem ersten Tag als Präsident eine Rede zur Amtseinführung. Im Englischen heißt sie »Inaugural Address«.

Während seines Wahlkampfs hatte Trump Mexikaner beschimpft, Frauen beleidigt⁶ und Muslimen gedroht. Doch fast 63 Millionen Amerikaner hielt das nicht davon ab, ihn zu wählen.⁷

Die Rede zur Amtseinführung sollte allerdings keine Jubelarie für die eigenen Anhänger mehr sein. Als frisch ernannter Präsident sollte er mit dieser Rede versuchen, auch all jene zu überzeugen, die ihn nicht gewählt haben. Die zum Beispiel, die seiner Konkurrentin Hillary Clinton ihre Stimme gegeben hatten. Oder diejenigen, die gar nicht erst zur Wahlurne gegangen waren. Wie also würde Trump ihnen begegnen? Wie den hinter ihm versammelten Ex-Präsidenten?⁸